

## NRW IM BLICKPUNKT



Soll mehr Kompetenzen erhalten: der RVR (Foto: der Sitz in Essen). FOTO: KORTE

## Austritt aus RVR soll möglich bleiben

Fraktionen wollen neues Gesetz korrigieren

**Im Ruhrgebiet.** Am 23. Januar stand der Entwurf des neuen RVR-Gesetzes beim Kommunalpolitischen Ausschuss des Landtages auf der Tagesordnung – eigentlich. Auf Betreiben von SPD, CDU und Grünen wurde das Thema aber von der Agenda genommen, wie SPD-Sprecher Hübner auf NRZ-Nachfrage bestätigte. Ein gemeinsamer Änderungsantrag soll nun dafür sorgen, dass ein RVR-Austritt auch nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes möglich bleibt. Der Entwurf sieht das bislang nicht vor – was mit der Regionalplanung begründet wurde, die langfristig ausgelegt ist und ein verlässliches Planungsgebiet benötigt.

Die Fraktionen aber gehen nun offenbar davon aus, dass mögliche, spätere Austritte beherrschbar wären, und die jeweilige Bezirksregierung dann die Regionalplanung für die betreffenden Kommunen übernehmen könne. Der geplante Änderungsantrag hat laut Hübner noch ein zweites Ziel: Er soll sicherstellen, dass kreisangehörige Kommunen auch künftig bei der Regionalplanung mitreden können.

Die beabsichtigte Nachbesserung des RVR-Gesetzes nimmt der Austrittsdebatte in Wesel den Anlass. Ein Austritt hätte ohnehin weitreichende Folgen: Der RVR ist im Kreis bislang sehr engagiert – etwa beim Naturschutz auf der Bislicher Insel oder im Freizeitzentrum Xanten. Falls Wesel dem RVR den Rücken kehrt, müsste geklärt werden, wer diese Aufgaben übernimmt und was mit dem RVR-Grundbesitz (z. B. Wälder, Halden) geschieht. *dm*

### DER WOCHENENDTIPP



Eine App begleitet Wanderfreunde durchs winterliche Sauerland. FOTO: ARCHIV

Gefühlter Herbst – Mistwetter allerorten. Wer die kalte Jahreszeit aber sucht, sollte zumindest am Wochenende in den **Höhen des Sauerlandes** fündig werden. Derzeit drehen sich dort zwar nur im Ski-Liftkarussell Winterberg die Lifte (30 cm Schnee), **Sonntag** wird aber wieder mit einem **Wintereinbruch** gerechnet.

Tipp: Wer die Winterlandschaft in der Region bei einer **Wanderung** genießen will, für dessen Smartphone gibt es eine neue **App**, die z. B. die Strecke nebst Höhenmeter dokumentiert ([www.sauerland-wanderdoerfer.de](http://www.sauerland-wanderdoerfer.de)). *NRZ*

### DIE NRW-REDAKTION

Telefon: 0201 - 804 2787  
Telefax: 0201 - 804 2397  
E-Mail: [nrw@nrz.de](mailto:nrw@nrz.de)

## Junge Majestäten bei Kraft

Rund einen Monat vor Rosenmontag hat die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) junge Narren empfangen. Bei der Feier im Hans-Sachs-Haus in Gelsenkirchen holten sich gestern 27 Kinderprinzenpaare und -dreigestirne den Karnevalsorden des Landes 2015 ab.

„In strahlende Gesichter zu blicken, fantasievolle Kostüme sehen zu können und gute Laune zu erleben – die Fünfte Jahreszeit ist für mich mit die schönste Jahreszeit“, sagte Kraft. Die Tollitäten kamen u. a. aus Düsseldorf, Duisburg, Mülheim, Krefeld und Hilden. *FOTO: MARTIN MÖLLER*



## Es knirscht im Sozialsystem

Neujahrsempfang beim Landesverband des VdK: Scharfe Kritik an Inklusionspolitik in NRW und Warnung vor einer Verschärfung der Probleme im Pflegebereich

Von Jan Jessen

**An Rhein und Ruhr.** Neujahrsempfänge sind meistens Gelegenheiten, bei denen Menschen sich gegenseitig auf die Schultern klopfen und zumindest zweckoptimistisch auf die kommenden zwölf Monate schauen. Insofern war der Neujahrsempfang des Sozialverbandes VdK gestern in Düsseldorf etwas Besonderes – dort schlug der Vorsitzende des nordrhein-westfälischen Landesverbandes, Karl Heinz Fries, Alarm: Drohender Pflegenotstand, fehlender barrierefreier Wohnraum, Ärztemangel und Altersarmut – im Sozialsystem in Nordrhein-Westfalen knirscht es nach Ansicht von Fries gewaltig. Zudem kritisierte Fries scharf den bisherigen Entwurf des Inklusionsgesetzes, das im Frühjahr verabschiedet werden soll: Aus Sicht des VdK ist es eine „Enttäuschung“.

Die Zahlen sprechen für sich: Bereits heute sind 550 000 Menschen in Nordrhein-Westfalen pflegebedürftig, bis 2050 wird sich ihre Zahl beinahe verdoppeln. Die Probleme drängen schon jetzt: So



„Auf NRW rollt eine Pflege-lawine zu“  
Karl-Heinz Fries, Vorsitzender des VdK in NRW

werden aus Sicht des VdK in vielen Pflegeheimen „elementare Menschenrechte nicht berücksichtigt“, warnte Fries. Seinem Verband würden immer wieder Berichte zugehen, von Vernachlässigungen, Drückgeschwüren, mangelnder Ernährung, Austrocknung und freiheitsentziehenden Maßnahmen durch Fixiergurte oder durch Medikamente: „Der Staat kommt seiner Schutzpflicht nicht nach“, so der VdK-Landesvorsitzende.

### „Wir stellen keinen Berufsstand an den Pranger“

Wegen der Missstände in deutschen Pflegeheimen unterstützt der VdK eine Klage für menschenwürdige Pflege vor dem Verfassungsgericht in Karlsruhe. Fries betonte aber: „Wir stellen keinen Berufsstand an den Pranger.“ Im Gegenteil: Das Pflegepersonal

selbst leide unter Personalknappheit, mangelnder gesellschaftlicher Anerkennung, enormer physischer und psychischer Belastung und einer „Überdokumentation“.

Auch mit dem neuen Pflegestärkungsgesetz sieht der VdK die Probleme längst nicht behoben. So würden Demenzerkrankte und ihre Angehörigen immer noch nicht ausreichend unterstützt. Perspektivisch werden im Jahr 2030 in NRW eine halbe Million Menschen unter Demenz leiden.

### SOZIALVERBAND HAT IN NRW 290 000 MITGLIEDER

- Der Sozialverband VdK wurde **1948 als nordrhein-westfälischer Landesverband gegründet**, um für eine Versorgung der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen zu kämpfen.
- Heute steht der **Einsatz für die sozial Schwachen** im Vordergrund der Arbeit.
- Der VdK hat in NRW **290 000 Mitglieder**. Tendenz: steigend.

Heftig kritisierte Fries den Entwurf des Gesetzes zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderung, sprich zur Inklusion: „Mit diesem Gesetz bleibt die Landesregierung deutlich hinter den Erwartungen zurück, die sie vor mehr als zwei Jahren mit dem Aktionsplan 'Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv' geweckt hat“, so der VdK-Landeschef.

In dem Entwurf fehlt es laut dem Verband an „klaren Regelungen, wie die selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung in den unterschiedlichen Lebensbereichen umgesetzt werden soll“. In Nordrhein-Westfalen leben aktuell 2,6 Millionen Menschen mit Behinderungen.

Landtagspräsidentin Carina Gödecke (SPD) zeigte Verständnis für die Kritik. Ihr sei klar, dass die Umsetzung des Aktionsplans des Sozialverbänden nicht schnell genug gehen könne – doch „wir arbeiten auf allen Ebenen daran, das Ziel der vollumfänglichen gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen umzusetzen“. *NRZ*

## Mehr Zeit fürs Eis essen und Spazieren gehen

Geistig behinderte Menschen können nur selten zu Hause sterben. Das soll sich künftig ändern

Von Stephan Hermsen

**Solingen.** Katie wurde nur 24 Jahre alt – aber die geistig behinderte Frau starb zu Hause – in einer Wohngruppe des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR). „Sie starb in der Nacht und am Morgen kam ein Seelsorger und die anderen Bewohner konnten sich von Katie verabschieden“, erinnert sich Susanne Kern, Leiterin des Palliativen Hospizes Solingen an die Ereignisse von 2008.

Dass geistig Behinderte nicht abgeschoben werden in Gerontopsychiatrien und Krankenhäuser, sondern sterben dürfen, wo sie gelebt haben, ist selten – noch. Zu groß ist die Unsicherheit, so Gerald Schueler, Direktor der Heilpädagogischen Heime des LVR zwischen Bonn und Düsseldorf. „Muss ich die Polizei rufen, wenn jemand stirbt? Mache ich mich als Betreuer in einer Wohn-

gruppe der unterlassenen Hilfeleistung schuldig, wenn ich einen Sterbenden nicht ins Krankenhaus bringe?“ Unsicherheit, nicht nur in juristischen Fragen, ist bei vielen Mitarbeitern in den Einrichtungen des LVR groß – aber groß ist auch das Interesse, daran etwas zu ändern.

### Lernprozesse auf beiden Seiten

Gestern trafen sich rund 100 Menschen, etwa ein Drittel davon Mitarbeiter von Hospizen und ambulanten Angeboten der Sterbebegleitung, zwei Drittel Mitarbeiter in LVR-Einrichtungen zwischen Bonn und Solingen. Die Bereiche Niederrhein und westliches Rheinland wollen nachziehen, der zwölfstündige Lehrgang zur Sterbebegleitung soll im gesamten Rheinland angeboten werden – offen für alle Träger von Einrichtungen für Behinderte. Der Bedarf ist groß – und der Erfahrungsaustausch rege. „Wir lernen auf beiden Seiten. Und eine der wichtigsten Erfahrungen ist, dass die meisten Erzieher und Pflegenden in den Einrichtungen vieles mitbringen“, so Susanne Kern: Ohne Mitgefühl wird niemand Helfer für Behinderte.

Für die meist ehrenamtlichen Helfer der Hospizdienste ist es hingegen oft die erste Begegnung mit Behinderten – doch sie haben die Erfahrung: Das Lebensende schränkt je-



Hilfreich: Patientenverfügung in einfacher Sprache. FOTO: HERM

den Menschen ein. Die Helfer jedoch entlasten die Erzieher und bringen Zeit für Gespräche mit – und für schöne Dinge wie Spaziergänge und Eis essen mit den Sterbenden. Und mit den Angehörigen: So begleiteten Hospizhelfer auch die Eltern von Katie und waren für sie genauso Ansprechpartner wie für die Mitbewohner und Freunde der jungen Frau. „Die wollten zum Beispiel wissen, ob sie Katie besuchen und berühren dürfen“, erinnert sich Susanne Kern. Durften sie natürlich.

Führend bei der Kooperation von Behinderteneinrichtungen und Hospizen ist der LVR in Solingen (Anna Elisabeth.Pick@lvr.de, ☎0212/445 429 20. Eine Patientenverfügung in leicht verständlicher Sprache (auch für Demente hilfreich) hat der Hospizdienst Lighthouse Bonn, ☎0228/631 304, [www.bonn-lighthouse.de](http://www.bonn-lighthouse.de)

## KOMPAKT

Kurz & bündig

### Krefeld: Ausstellung zur NS-Zeit mit Gerüchen

**Krefeld.** Die NS-Dokumentationsstelle der Stadt Krefeld hat seine Ausstellung gezielt mit Gerüchen kombiniert. In einem Raum, der sich mit der Bombardierung der Stadt befasse, sei der Geruch von verbranntem Holz wahrzunehmen, teilte die Stadt gestern mit. Der ehemalige Besitzer des Gebäudes, der jüdische Kaufmann Richard Merländer, wurde 1942 im KZ Treblinka ermordet. Die Erinnerung an ihn wird unterstützt durch den Duft frischer Zigarren. Der Geruch von Gewürzen weist auf das Ende des Sabbats hin. Für den – im übertragenen Sinn – Säuberungswahn der Nationalsozialisten stehen die strengen Gerüche von Kernseife und Bohnenwachs. *dpa*

### Metall-Arbeitgeber warnen Gewerkschaft

**Siegen.** Arbeitgeber und Gewerkschaften der Metall- und Elektroindustrie in NRW haben die erste Tarifrunde veragt. Zum Auftakt der Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag für die rund 700 000 Beschäftigten wurden gestern in Siegen noch keine Ergebnisse erzielt. Die Gewerkschaft verlangt für die Beschäftigten 5,5% mehr Lohn, eine Neuregelung der Alterszeit und den Einstieg in ein Teilzeitmodell zur Weiterbildung. Arbeitgeberpräsident Arnd Kirchhoff warnte die IG Metall davor, die Tarifrunde durch „dogmatische Zielsetzungen“ zu erschweren. Als falsches Signal nannte er die Ankündigung von Warnstreiks bereits vor Aufnahme der Gespräche. *dpa*

### Lange Haft – Freund die Kehle durchgeschnitten

**Kreis Paderborn.** Er hat seinen besten Freund getötet: Mit einer Eisenstange schlug der 19-Jährige zunächst mehrfach auf den zwei Jahre jüngeren ein. Dann versuchte er sich ein Alibi zu verschaffen, kehrte in die Scheune in Büren zurück und schnitt dem Sterbenden die Kehle durch. Eine Jugendkammer des Landgerichts Paderborn verurteilte den 19-Jährigen am Donnerstag zu achteinhalb Jahren Haft – wegen Totschlags und versuchten Mordes. *dpa*

### Bochums OB Scholz zieht sich zurück

**Bochum.** Die Oberbürgermeisterin Ottilie Scholz (SPD) tritt zur Wahl am 13. September nicht mehr an. Sie habe sich nach reiflichem Nachdenken entschlossen, „nicht noch ein weiteres Mal als Oberbürgermeisterin zu kandidieren“, teilte die 66-Jährige gestern mit. Scholz ist seit 2004 Oberbürgermeisterin der Revierstadt. Während ihrer Zeit hatte Nokia Bochum verlassen und Opel die Autoproduktion eingestellt. Andere Firmen wie BlackBerry kamen neu. *dpa*

### NRW-KENNZIFFER

**13,3 Mio Euro** erhalten die Rheinischen Fachstellen für Behinderte

aus der Ausgleichsabgabe von Betrieben, die nicht die gesetzlich vorgeschriebene Anzahl von Schwerbehinderten eingestellt haben. „Mit dem Geld sollen Behinderte im Beruf unterstützt werden“, teilte der Landschaftsverband Rheinland (LVR) mit. Das Geld wird nun auf die Kommunen verteilt. 872 266 Euro gehen z. B. in den Kreis Wesel. *NRZ*